

# Red Hand Day 2018

Pressekonferenz

am 9. Februar 2018

Bundespressekonferenz, Berlin

## Kindersoldaten und Rüstungsexporte

Ralf Willinger

terre des hommes e.V.

Sprecher Deutsches Bündnis Kindersoldaten

**Weltweit gibt es schätzungsweise 250.000 Kindersoldatinnen und -soldaten.**

Sie müssen kämpfen, spionieren, Leichen begraben, Verletzte bergen, Minen räumen, kochen, schwere Lasten tragen oder werden sexuell missbraucht. Die Zahl ist eine grobe Schätzung, denn kaum ein Kommandeur oder Armeechef gibt zu, dass er Kinder in seinen Reihen hat. **Alle Kinder unter 18 Jahren, die Teil einer bewaffneten Gruppe sind, sind nach den Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen von 2007 Kindersoldaten - unabhängig davon, ob sie eine Waffe oder Uniform tragen und welche Rolle sie haben.** Das ist die international anerkannte Kindersoldaten-Definition, diese Pariser Prinzipien wurden von über 100 Regierungen weltweit unterschrieben, auch von der deutschen Regierung.

Jedes Jahr erscheint der Jahresbericht des UN-Generalsekretärs zu Kindern in bewaffneten Konflikten, zu dem auch unsere Kollegen und Partner der Mitglieder des Bündnis Kindersoldaten durch Informationen und Falldokumentationen beitragen. **Dem aktuellen Bericht (vom Oktober 2017) zufolge werden Kindersoldatinnen und -soldaten in mindestens 20 Ländern in Lateinamerika, Afrika, dem Nahen Osten und Asien in bewaffneten Konflikten eingesetzt.** Eine Weltkarte mit diesen Ländern finden Sie in der Pressemappe.

Ich möchte Ihnen einige Beispiele nennen:

1. In **Syrien** werden Tausende von Kindern als Soldaten missbraucht, die meisten vom Islamischen Staat, aber auch von der Freien Syrischen Armee, kurdischen und Pro-Assad-Gruppen. Die Rekrutierungszahlen steigen an, im UN-Bericht konnten im Jahr 2016 851 Fälle verifiziert werden, die meisten in bewaffneten Gruppen, die gegen die Assad-Regierung kämpfen. Aber auch in der staatlichen syrischen Armee (29 Fälle) und in verbündeten Milizen (54 Fälle) gibt es Kinder. Die Zahl der Rekrutierungen, die von den Vereinten Nationen verifiziert werden können, ist immer nur ein kleiner Teil der tatsächlichen Fälle. Mein Kollege, der terre des hommes-Koordinator aus Erbil im Nordirak, berichtete, dass Kinder auf der Flucht und in Flüchtlingslagern rekrutiert werden. In einigen Fällen konnten Rekrutierungsversuche von den Kollegen verhindert werden.
2. Die höchste Zahl verifizierter Fälle in dem UN-Bericht gibt es in **Somalia**, 1.915 Fälle, etwa doppelt so viele wie im Vorjahr. Zwei Drittel davon wurden von der besonders brutalen Al-Shabaab-Miliz zwangsrekrutiert, hunderte weitere von Clan-Milizen und 182 von der staatlichen Armee, mit der die Bundeswehr innerhalb einer EU-Mission seit vielen Jahren kooperiert. Die Bundeswehrsoldaten sollen jetzt bis Ende März abgezogen werden, weil der Einsatz laut Bundeswehrführung zu ineffektiv und das Risiko für die Soldaten zu hoch sei. Trotz der massiven Rekrutierung und

vielfach dokumentierten brutalen Menschenrechtsverletzungen werden Kindersoldaten aus Somalia vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in der Regel nicht als asylberechtigt anerkannt.

3. Im **Südsudan** haben Rebellengruppen vor zwei Tagen 250 Kindersoldaten zwischen zwölf und 17 Jahren freigelassen, hunderte weitere sollen folgen. Die Kollegen von World Vision sind vor Ort und kümmern sich um die Kinder. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen gibt es im Südsudan derzeit etwa 19.000 Kindersoldaten.
4. In **Kolumbien** wurden im Jahr 2017 in Folge des Ende 2016 unterzeichneten Friedensvertrages 7.000 Kämpfer der FARC-Guerilla entwaffnet und demobilisiert, darunter etwa 2.000 Minderjährige. Davon kehrten 300 in ihre Familien zurück, terre des hommes unterstützt die Reintegration durch Traumaarbeit, Schul- und Ausbildungsprogramme. Bei anderen bewaffneten Guerilla-Gruppen wie der ELN oder der EPL und bei paramilitärischen Gruppen und kriminellen Banden gibt es weiter in großem Maße minderjährige Soldaten, wie mir meine Kollegen vor Ort und Partner berichteten. Sie versuchen die Rekrutierung von Minderjährigen durch Aufklärung und Schutzprogramme zu verhindern. Nach der Demobilisierung der FARC haben sich viele der genannten Gruppen in den FARC-Gebieten ausgebreitet und beherrschen diese jetzt. Die staatliche Gewalt ist in weiten Teilen des Landes nicht präsent. Die Zahl der ermordeten Indigenen, Bauern und Menschenrechtsverteidiger ist in den letzten Monaten stark gestiegen.
5. In **Indien** rekrutieren zahlreiche bewaffnete Oppositionsgruppen Kinder, zum Beispiel die Naxaliten und viele Gruppen in Nordostindien, und auch bei der staatlichen Armee werden immer wieder Fälle von Rekrutierungen und illegalen Inhaftierungen von Minderjährigen dokumentiert. terre des hommes hat dazu vor einiger Zeit eine Studie veröffentlicht. Ich habe in Assam mit einem jugendlichen Adivasi gesprochen, der im Alter von 13 Jahren von der Armee auf dem Schulweg grundlos festgenommen wurde, als gegnerischer Kämpfer diffamiert wurde und trotz Protesten aus seinem Dorf und seiner Eltern vier Jahre im Gefängnis war - ohne Anklage.

**In mindestens 15 weiteren Ländern werden Minderjährige als Soldaten rekrutiert und ausgebeutet:** in der DR Kongo, Sudan, Mali, Nigeria, Zentralafrikanische Republik, Libyen, Jemen, Irak, Israel / Palästina, Libanon, Afghanistan, Pakistan, Myanmar, Thailand und den Philippinen.

»Gekämpft haben wir mit Euren Waffen«, sagte der ehemalige Kindersoldat Junior Nzita aus der Demokratischen Republik Kongo 2015 bei seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat. Auch Deutschland liefert Waffen in viele Länder, in denen Kinder als Soldaten eingesetzt werden - dies belegte letztes Jahr die Studie »Kleinwaffen in Kinderhänden« von terre des hommes, Kindernothilfe, World Vision und Brot für die Welt (in der Pressemappe).

Und dies setzte sich auch 2017 fort. Auch wenn der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für vergangenes Jahr noch nicht vorliegt, so wurden bereits die größten Empfängerländer bekannt, darunter beispielsweise wieder Indien und Saudi-Arabien, die seit vielen Jahren zu den größten deutschen Waffenempfängern gehören. Beide Länder tauchen im Jahresbericht des UN-Generalsekretärs zu Kindern in bewaffneten Konflikten auf.

**Die von Saudi-Arabien geführte Militärkoalition führt im Jemen einen brutalen Bombenkrieg.** Sie ist für mehr als die Hälfte der im Bericht für 2016 genannten 1.340 getöteten und verletzten Kinder im Jemen verantwortlich, für drei Viertel der Angriffe auf Schulen und Krankenhäuser (28 Schulen, zehn Krankenhäuser) sowie für mindestens 50 verifizierte Fälle von Kindersoldaten-Rekrutierung. **Folgerichtig wird diese Koalition in der sogenannten Liste der Schande im Anhang des Berichtes genannt.**

Es ist unfassbar, dass die Bundesregierung trotz dieser seit über zwei Jahren bekannten Kriegsverbrechen und der brutalen Menschenrechtsverletzungen im Land erst jetzt beschlossen hat, Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und in andere Länder, die im Jemen Krieg führen, zu stoppen. **Dies verdeutlicht, dass die Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung nicht ausreichen. Sie sind unverbindlich und nicht einklagbar** und haben in den vergangenen Jahren nicht zu einer restriktiven Rüstungsexportpolitik beigetragen, wie die Bundesregierung immer wieder fälschlich behauptet, sondern zu immer neuen Rüstungsexportrekorden.

Deshalb muss das gesamte deutsche Rüstungsexportkontrollregime reformiert werden.

**Die zehn Mitgliedsorganisationen des Bündnis Kindersoldaten fordern von der neuen Bundesregierung:**

- ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz mit klaren, einklagbaren Ablehnungskriterien
- einen kompletten Exportstopp für Kleinwaffen und -munition, denn deren Verbreitung und Nutzung hat sich als unkontrollierbar erwiesen
- einen Stopp von Rüstungsexporten in Länder mit bewaffneten Konflikten und schweren Kinderrechts- und Menschenrechtsverletzungen

Von all dem ist im Koalitionsvertrag leider nicht die Rede, stattdessen sollen die untauglichen Rüstungsexportrichtlinien »geschärft« werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre mit diesen unverbindlichen Richtlinien haben gezeigt, dass dies ein »Weiter so« und neue deutsche Waffenlieferungen in großem Stil bedeuten, denen Kinder und Zivilisten zum Opfer fallen werden. Denn unverbindliche Richtlinien reichen nicht aus, das Thema Rüstungsexporte muss gesetzlich geregelt werden.

**Wir werden uns gemeinsam beharrlich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung ein Gesetz mit wirksamen Rüstungsexportkontrollmaßnahmen beschließt und Exporte in Krisenregionen endlich in der Realität stoppt - zum Schutz von Kindern und Jugendlichen!**